

A n t w o r t

des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernhard Braun und Andreas Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 17/11331 –

Klimaschutz in rheinland-pfälzischen Kommunen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11331** – vom 19. Februar 2020 hat folgenden Wortlaut:

Beim Kampf gegen die Klimakrise braucht es Aktivitäten auf allen Ebenen, um auch den kommunalen Klimaschutz voranzubringen. Dazu wurde vom Bundesumweltministerium die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) ins Leben gerufen, die u. a. die Einstellung von kommunalen Klimaschutzmanagerinnen und -managern sowie die Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte unterstützt.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Klimaschutzmanagerinnen und -manager sind derzeit in den rheinland-pfälzischen Kommunen beschäftigt?
2. Wie viele Energie- und Klimaschutzbeauftragte sind derzeit nach Kenntnisstand der Landesregierung in den rheinland-pfälzischen Kommunen beschäftigt?
3. In welchen rheinland-pfälzischen Kommunen wurden bereits Klimaschutzkonzepte erstellt?
4. In welchen rheinland-pfälzischen Kommunen wurden bereits Klimaschutzteilkonzepte erstellt?
5. In welchen rheinland-pfälzischen Kommunen wurden bereits Elektromobilitätskonzepte erstellt?
6. Mit welchen landesspezifischen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Kommunen bei ihren Anstrengungen für den Klimaschutz?
7. Welche rechtlichen Änderungen hält die Landesregierung auf Bundesebene für notwendig, um die Kommunen bei ihren Bemühungen zu unterstützen?

Das **Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. März 2020 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Rheinland-Pfalz hatte bereits Mitte des Jahres 2014 als eines der ersten Bundesländer ein Landesklimateilnahmegesetz (LKSG) verabschiedet. Im LKSG wird die Vorbildfunktion der Kommunen explizit hervorgehoben (§ 9 Abs. 5). Auch das Klimaschutzkonzept des Landes Rheinland-Pfalz weist auf die besondere Bedeutung der eigenverantwortlichen, das Konnexitätsprinzip berücksichtigenden Umsetzung der kommunalen Querschnittsaufgabe „Klimaschutz“ hin. Die kommunalen Spitzenverbände sind Mitglied im Beirat für Klimaschutz des Landes und waren eng in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts eingebunden.

Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien spielen im kommunalen Klimaschutz eine maßgebliche Rolle. Jedoch müssen auch Aspekte wie Flächenverbrauch und Bodennutzung, nachhaltige Mobilitätskonzepte, der Erhalt oder die Schaffung von Grünflächen und noch vieles mehr in die Betrachtung einbezogen werden. Hier haben die Kommunen insbesondere über die Flächennutzungs- und Bauleitplanung bereits heute vielerlei Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung ihres Gemeinwesens.

Zahlreiche Kommunen aus Rheinland-Pfalz haben bislang erfolgreich an Förderprogrammen und Exzellenzwettbewerben des Bundes teilgenommen. Besonders erfolgreich sind die rheinland-pfälzischen Kommunen im Rahmen des Exzellenz-Programms „Masterplan 100 % Klimaschutz“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Mit der entsprechenden Masterplan-Richtlinie fördert das BMU Kommunen, die bis zum Jahr 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 und ihren Endenergieverbrauch um 50 Prozent senken wollen. Nur 41 Kommunen wurden bundesweit zur Förderung ausgewählt. Mit sechs Masterplan-Kommunen hat Rheinland-Pfalz daran einen Anteil von fast 15 Prozent. Des Weiteren tragen sieben rheinland-pfälzische Gemeinden den Titel „Bioenergie-Dorf“ – bundesweit gibt es 163 Kom-

munen, die diesen Titel tragen. Zudem sind drei rheinland-pfälzische Kommunen Preisträger im European-Energy-Award – ein internationales Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für kommunalen Klimaschutz, das seit mehr als zehn Jahren Kommunen in Deutschland und Europa auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz unterstützt. 25 rheinland-pfälzische Kommunen sind zudem Mitglied im Verein „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e. V.“ – ein internationales Netzwerk, das die Themen „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ fokussiert. Mit ihrer Mitgliedschaft im Klimabündnis verpflichten sich die Kommunen unter anderem zu einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis zum Jahr 2030.

Im Klimaschutz besonders erfolgreich ist der als „Klimaschutzkommune des Jahrzehnts“ ausgezeichnete Rhein-Hunsrück-Kreis, der als Null-Emissions-Kreis zwischenzeitlich das Dreifache seines eigenen Strombedarfs erneuerbar erzeugt und sich somit zum Stromexporteur entwickelt hat.

Auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist für Kommunen sehr wichtig. Kommunen sind in erster Linie von Starkregen, Hitze sowie Trockenperioden und den daraus resultierenden Folgen (z. B. gesundheitliche Belastung, Gebäudeschäden, Absterben von Stadtgrün und Bäumen, neue Krankheiten übertragende Arten) betroffen. Für die Erhaltung der Lebensqualität und die nachhaltige Risiko- und Daseinsvorsorge sind verstärkt Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den weiter fortschreitenden Klimawandel erforderlich.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Zahlreiche Kommunen in Rheinland-Pfalz haben bereits Bundesfördermittel entsprechend der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld (Kommunalrichtlinie) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) erhalten. Derzeit werden 51 Klimaschutzmanagerinnen und -manager in rheinland-pfälzischen Kommunen über dieses Förderprogramm beschäftigt.

Zu Frage 2:

Derzeit sind 17 Energie- und Klimaschutzbeauftragte beschäftigt. Zusätzlich wurden im Rahmen des Projekts „Klimaschutz in kleinen Kommunen durch Aktivierung ehrenamtlicher Klimaschutzpaten“ (KlikK aktiv) über 30 ehrenamtliche Klimaschutzpatinnen und -paten in Kommunen mit weniger als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern aktiviert. Dieses Programm der Energieagentur Rheinland-Pfalz ist ein bundesweites einzigartiges Pilotprojekt, bei dem Ehrenamtliche durch Schulungen und Netzwerkarbeit qualifiziert werden, Klimaschutzprojekte zu initiieren. Ohne eine solche Unterstützung wären gerade die kleinen Gemeinden nicht in der Lage, entsprechende Projekte anzugehen und entsprechend Fördermittel zu akquirieren.

Zu Frage 3:

In insgesamt 73 rheinland-pfälzischen Kommunen wurden Klimaschutzkonzepte erstellt. Im Detail stellt sich dies wie folgt dar:

In folgenden 15 von insgesamt 24 Landkreisen: Altenkirchen (Westerwald), Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Donnersbergkreis, Germersheim, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südwestpfalz, Vulkaneifel.

In folgenden elf von insgesamt zwölf kreisfreien Städten: Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms.

In folgenden vier von insgesamt acht großen kreisangehörigen Städten: Andernach, Bingen am Rhein, Idar-Oberstein, Ingelheim am Rhein.

In folgenden fünf von insgesamt 13 verbandsfreien Städten: Bad Dürkheim, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Kirn, Sinzig, Wörth am Rhein.

In folgenden 33 von insgesamt 129 Verbandsgemeinden: Bad Bergzabern, Bad Ems, Bad Marienberg (Westerwald), Baumholder, Birkenfeld, Bodenheim, Brohlthal, Dierdorf, Flammersfeld, Freinsheim, Gau-Algesheim, Hachenburg, Herrstein, Herxheim, Jockgrim, Kusel-Altenglan, Lamsheim-Heßheim, Landau-Land, Leiningerland, Nieder-Olm, Otterbach-Otterberg, Prüm, Puderbach, Rengsdorf-Waldbreitbach, Rhein-Selz, Rockenhausen, Sprendlingen-Gensingen, Stromberg, Wachenheim a. d. Weinstr., Wallmerod, Weilerbach, Weißenthurm, Wörrstadt.

Sowie in den Ortsgemeinden Deidesheim, Kandel und Mülheim (Mosel) sowie in der verbandsfreien Gemeinde Grafschaft und der Stadt Montabaur.

Zu Frage 4:

In 85 rheinland-pfälzischen Kommunen wurden bislang Klimaschutzteilkonzepte erstellt. Im Detail stellt sich dies wie folgt dar:

In folgenden 14 von insgesamt 24 Landkreisen: Altenkirchen (Westerwald), Bad Dürkheim, Birkenfeld, Cochem-Zell, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Neuwied, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Vulkaneifel.

In folgenden zehn von insgesamt zwölf kreisfreien Städten: Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms, Zweibrücken.

In folgenden sechs von insgesamt acht großen kreisangehörigen Städten: Andernach, Bad Kreuznach, Bingen am Rhein, Idar-Oberstein, Ingelheim am Rhein, Mayen.

In folgenden fünf von insgesamt 13 verbandsfreien Städten: Bendorf, Boppard, Germersheim, Kirn, Schifferstadt.

In folgenden 41 von 143 Verbandsgemeinden: Altenkirchen (Westerwald), Annweiler am Trifels, Arzfeld, Birkenfeld, Bodenheim, Bruchmühlbach-Miesau, Daun, Eich, Eisenberg (Pfalz), Enkenbach-Alsenborn, Hachenburg, Hagenbach, Hamm (Sieg), Herrstein, Kaiserslautern-Süd, Kirchberg (Hunsrück), Kirchen (Sieg), Konz, Kusel-Altenglan, Lambsheim-Heßheim, Landstuhl, Lauterecken-Wolfstein, Leiningerland, Maifeld, Nieder-Olm, Otterbach-Otterberg, Rhaunen, Rhein-Mosel, Rhein-Selz, Rockenhausen, Römerberg-Dudenhofen, Schweich a. d. Röm. Weinstr., Stromberg, Thaleischweiler-Wallhalben, Trier-Land, Vallendar, Wachenheim a.d. Weinstr., Waldfishbach-Burgalben, Weilerbach, Weißenthurm, Wörrstadt.

In folgenden drei von insgesamt acht verbandsfreien Gemeinden: Böhl-Iggelheim, Grafschaft, Mutterstadt.

Sowie in folgenden sechs von insgesamt 2 165 Ortsgemeinden: Deidesheim, Hochspeyer, Kyllburg, Neuhofen, Gau-Algesheim, Deidesheim.

Zu Frage 5:

In folgenden 13 Kommunen wurden Elektromobilitätskonzepte erstellt: Landeshauptstadt Mainz, Landkreis Altenkirchen, Landkreis Alzey-Worms, Landkreis Mayen-Koblenz, Stadt Ingelheim am Rhein, Stadt Kaiserslautern, Stadt Koblenz, Stadt Ludwigshafen, Stadt Neustadt an der Weinstraße, Stadt Neuwied, Stadt Trier, Verbandsgemeinde Linz am Rhein sowie der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn. Zudem wurde ein Elektromobilitätskonzept in der Energieregion Rhein-Haardt e. V./LEADER-Region Rhein-Haardt (gefördert mit Mitteln der EU) – bestehend aus den Verbandsgemeinden Leiningerland, Freinsheim und Monsheim, sowie der Stadt Grünstadt erstellt.

Zu Frage 6:

Das Land unterstützt die Kommunen durch das umfassende, mit Mitteln des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten geförderte Beratungs- und Unterstützungsangebot der Energieagentur Rheinland-Pfalz:

Regionale Beratung und Vernetzung kommunaler Klimaschutz über die Regionalbüros;

Kommunales Energiemanagement (KEM);

Werkzeuge für die Treibhausgas-Bilanzierung und regionale Klimaschutzportale in Rheinland-Pfalz für eine valide und effiziente THG-Bilanzierung in Kommunen unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern;

Klimaschutz in kleinen Kommunen (KlikK aktiv): Aktivierung/Qualifizierung/Vernetzung ehrenamtlicher Klimaschutzpatinnen und -paten zur Nutzung der Klimaschutzpotenziale in kleineren Kommunen (< 5 000 Einwohnerinnen und Einwohner);

Lotenstelle für alternative Antriebe (zusammen mit dem MWVLW);

Energiedatenservice/Energieatlas;

Informationsbereitstellung zu Themen rund um Energiewende und Klimaschutz;

Wärmeinitiative.

Als wichtiger Bestandteil der Strategie zur Förderung des kommunalen Klimaschutz- u. Energiemanagements wird das EFRE-Programm „100 Energieeffizienz-Kommunen“ zwischen dem Jahr 2020 bis einschließlich des Jahres 2022 unter dem Titel „3EKom“ nochmals deutlich ausgebaut. Hier werden Kommunen durch ein von der Deutschen Energieagentur (Dena) ausgearbeitetes und von der Energieagentur Rheinland-Pfalz angepasstes Konzept darin geschult, ihren Gebäudebestand energetisch optimiert und auf Klimaschutz ausgerichtet zu managen. Schon durch erste meist niederschwellige Anpassungsschritte lassen sich 15 Prozent bis 20 Prozent Energie einsparen. Dies hat neben dem Klimaschutzeffekt auch positive finanzielle Auswirkungen.

Mittelfristig soll das kommunale Energiemanagement (KEM) in allen rheinland-pfälzischen Kommunen Standard sein. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot der Energieagentur Rheinland-Pfalz bietet eine optimale Grundlage, um bis zum Ende der laufenden Programmperiode im Jahr 2022 möglichst alle Verbandsgemeinden und die verbandsfreien Gemeinden anzusprechen und KEM auf diesen Verwaltungsebenen flächendeckend einzuführen.

Weitere Förderprogramme des Landes für Klimaschutz in Kommunen sind:

ZEIS - Zukunftsfähige Energieinfrastruktur: In diesem Rahmen werden Investitionen in erneuerbare Nahwärmenetze auf Basis von erneuerbaren Energien, insbesondere auf Basis von Biomasse, die Umstellung auf LED-Technologie sowie Durchführbarkeitsstudien zum Beispiel zur Realisierung kommunaler Wärmenetze auf Basis von Biogas oder Holz gefördert;

Förderrichtlinie Wärmewende im Quartier – Integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanagement im Rahmen der Ko-Finanzierung des Landes zum KfW-Programm 432: Es werden die Erstellung integrierter Quartierskonzepte sowie das Sanierungsmanagement zur Umsetzung der Konzepte gefördert. Das Sanierungsmanagement kann durch eine beauftragte Firma oder gefördertes Personal durchgeführt werden. Im Rahmen des Programms werden 81 Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt. Rheinland-Pfalz gehört zu den führenden Ländern bei der Nutzung dieses Bundesprogramms: 10 Prozent der von der

KfW zugesagten Förderfälle liegen in Rheinland-Pfalz. Die Energieagentur organisiert einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Kommunen;

EffCheck – PIUS-Analysen in Rheinland-Pfalz;

Verringerung der CO₂-Emissionen und Ressourcenschutz durch regenerative und effiziente Energienutzung;

Ko-Finanzierung des Landes zum KfW-Programm 432: Integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanagement. Im Rahmen dieses Programms werden vonseiten des Bundes die Erstellung integrierter Quartierskonzepte und die Personalkosten für Sanierungsmanager gefördert. Das Land unterstützt die Kommunen dabei durch eine Ko-Finanzierung. In diesem Rahmen wurden 94 Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt;

Solar-Speicher-Programm zur Förderung von Stromspeichern in Kombination mit Photovoltaik-Anlagen;

Förderprogramm Wasserwirtschaft: Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenenergieerzeugung/Verbesserung der Energieeffizienz auf Kläranlagen und Anlagen der Wasserversorgung;

Der Abfallwirtschaftsplan Rheinland-Pfalz, Teilplan Siedlungsabfälle, aus dem Jahr 2013 sieht vor, Bioabfälle flächendeckend einer Kaskadennutzung zuzuführen und hierdurch sowohl das energetische Potenzial als auch die stofflichen Eigenschaften dieses Stoffstroms als Kompost zu nutzen. Mit einer Umsetzung dieser Vorgaben wird auch ein Beitrag zu den Klimaschutzzielen erreicht. Deshalb hat die Landesregierung eine Förderung von Bioabfallvergärungsanlagen ins Leben gerufen. Gefördert werden die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die die Verwertung von organischen Abfällen in Biogasanlagen mit anschließender Aufbereitung der Gärreste zu hochwertigem Kompost (Kaskadennutzung) vornehmen, mit einem Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 1,5 Mio. Euro pro Anlage;

Holzenergieberatung von Landesforsten Rheinland-Pfalz: Seit über 16 Jahren verfolgt Landesforsten Rheinland-Pfalz eine intensive Aufklärungsarbeit zum effizienteren und wertschöpfenden Einsatz von Energieholz z. B. in Einzelfeuerungsanlagen oder Nah- /Mikrowärmenetzen. Mit auf den Bereich der Holzenergie spezialisierten Förstern werden waldbesitzende Kommunen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landesforsten sowie Bürgerinnen und Bürger beraten und geschult.

Das fundierte, auf der nachhaltigen und wirtschaftlichen Waldnutzung basierende Wissen wird durch Informationsbroschüren und Veranstaltungen sowie durch Schulungen von landeseigenen Betrieben oder mit Landesforsten Rheinland-Pfalz kooperierenden Institutionen an personalstarke Multiplikatoren weitergegeben.

Darüber hinaus werden die Informationen durch die Erstellung von Informationsmitteln (wie Broschüren) und die Veröffentlichung auf eigenen und externen Internetauftritten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Gerade durch die flächendeckende Präsenz von Landesforsten Rheinland-Pfalz durch die Forstämter und Forstreviere werden jährlich über 50 000 Brennholzkunden sowie Kommunen angesprochen und Wissen wird weitergegeben. Auch zukünftig soll der seit über einer Dekade eingeschlagene Weg der Effizienzsteigerung, z. B. durch Informationen zur Brennstoffqualifizierung, weiter beschritten werden;

Holzbau: Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen zur Erreichung der Klimaschutzziele wird es in Zukunft erforderlich sein, künftig möglichst CO₂-neutrale Gebäude und Produkte herzustellen. Nachwachsende Rohstoffe wie z. B. Holz können dabei sowohl über die direkte Speicherung als auch über Substitutionseffekte einen bedeutenden Beitrag leisten.

Seit dem Jahr 2009 unterstützt das MUEEF die Umsetzung von Demonstrationsvorhaben und Modellprojekten mit dem Baustoff Holz oder auch in Form von Hybridbauweisen, die in den Bereichen Rohstoffeffizienz, Produktinnovation und Klimaschutz (Stichpunkt „CO₂-arme Wirtschaft“) Signalwirkung entfalten und beispielgebenden Charakter haben. Dabei sind auch die Kommunen antragsberechtigt;

„Klimabündnis Bauen in RLP – nachwachsende Rohstoffe stärken“: In enger Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen, den kommunalen Verbänden und Institutionen beabsichtigt das MUEEF die Entwicklung und Umsetzung einer entsprechenden Holzbau-Strategie.

Es wurde in diesem Zusammenhang bereits ein Grundlagenkonzept zur Umsetzung der Handlungsfelder Klimagerechtes Bauen, Digitalisierung der Bauwirtschaft, Lebenszyklusbetrachtung, Öffentlichkeitsarbeit, Lehre und Forschung sowie Fortbildung entwickelt. Die enthaltenen Maßnahmen sind u. a. angelehnt an das Klimaschutzkonzept des Landes Rheinland-Pfalz und wurden darüber hinaus an der landes- und branchenspezifischen Situation ausgerichtet.

Das Land Rheinland-Pfalz bietet zudem zur Anpassung an den Klimawandel im Klimawandelinformationssystem (www.kwis-rlp.de) des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen eine Vielfalt an Unterstützungs- und Beratungsangeboten für in Rheinland-Pfalz relevante Gesellschafts- und Umweltbereiche, wie z. B. Wald und Forstwirtschaft und menschliche Gesundheit. Für Kommunen gibt es speziell die folgenden Beratungs- und Unterstützungsangebote:

Klimaschutz und Klimaanpassung in der Bauleitplanung: Klimaschutz und Klimaanpassung sind in der Bauleitplanung gesetzlich verankert – als zwingend zu berücksichtigender abwägungsrelevanter Tatbestand bei allen Planungen und Entscheidungsprozessen. Aus in Rheinland-Pfalz durchgeführten Projekten (KlimawandelBauGB, KLIMPRAX Stadtklima Mainz-Wiesbaden, KlimawandelAnpassungsCOACH RLP) liegen wertvolle Umsetzungshinweise vor;

Das Hintergrundpapier „Kommunale Anpassung an den Klimawandel in Rheinland-Pfalz. Grundlagen, Hinweise, Empfehlungen & Vorgaben“ gibt einen Überblick über die aktuellen gesetzlichen Vorgaben und strategische Unterstützung für die kommunale Bauleitplanung zur notwendigen Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Neben der Darstellung der bestehenden Förder-

instrumente, hilfreicher Leitfäden und Best-Practice-Beispielen sowie der unterstützenden Institutionen in Rheinland-Pfalz werden Empfehlungen zur Verbesserung der bestehenden Umsetzungsprobleme gegeben;

Anpassungsportal im Klimawandelinformationssystem: Das Anpassungsportal ist zentraler Bestandteil des Klimawandelinformationssystems kwis-rlp. Es bietet grundlegende Informationen und Leitfäden zur kommunalen Anpassung an den Klimawandel. Verschiedene Werkzeuge helfen Kommunen dabei, systematisch die Folgen des Klimawandels zu analysieren und Anpassungsstrategien zu erarbeiten. Aktuelle Förderprogramme zur Anpassung für Kommunen an den Klimawandel sind aufgeführt, und Good-Practice-Beispiele von Kommunen in Rheinland-Pfalz zeigen, wie sich Kommunen in Rheinland-Pfalz bereits mit der Anpassung an den Klimawandel beschäftigt haben: Kaiserslautern, Ingelheim, Pirmasens, Worms, Mainz-Wiesbaden, Speyer und Zweibrücken;

Projekt KlimawandelAnpassungsCOACH RLP: Das derzeit (April 2018 bis März 2021) vom Bund geförderte Forschungsprojekt „KlimawandelAnpassungsCOACH RLP“ (www.kwis-rlp.de/coach) kann als Leuchtturmprojekt aufgeführt werden, wie Klimaanpassung in Kommunen nachhaltig gestaltet werden kann. Mithilfe von individuellen, kommunenspezifischen Coachings erhalten 15 Pilotkommunen aus unterschiedlichen Naturräumen in Rheinland-Pfalz eine professionelle Unterstützung in Fragen der Klimaanpassung. Sie werden u. a. bei der Integration der Klimawandelanpassung in Prozesse der kommunalen Planung unterstützt. Die Inhalte des Coachings umfassen die Vermittlung von Hintergrundwissen zum Klimawandel und der Klimawandelanpassung, eine kommunenspezifische Klima- und Verwundbarkeitsanalyse, individuelle Workshops zur Ausarbeitung von Maßnahmenvorschlägen, Integrationshilfen zur Überführung der Anpassung in Planungsinstrumente, Unterstützung bei der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen sowie dem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Beteiligung der Bevölkerung wird zudem eine breite Sensibilisierung für das Thema erreicht werden.

Die örtliche Hochwasser- und Starkregenvorsorge ist zudem ein wichtiger Baustein zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, maßgeblich durch Bewusstseinsbildung und Schadenspotenzialminimierung. Zudem gibt es auf diesem Gebiet umfangreiche Unterstützungsangebote des Landes:

Die Erstellung von örtlichen Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzepten durch die Kommunen wird vom Land zu 90 Prozent, die Umsetzung der darin entwickelten, wasserwirtschaftlichen Maßnahmen mit bis zu 60 Prozent gefördert;

Unterstützung erhalten die Kommunen vom Kompetenzzentrum Hochwasservorsorge und Hochwasserrisikomanagement (KHH). Auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände berät und unterstützt weiterhin das Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge (IBH).

Des Weiteren veranstaltet das MUEEF Gesprächsreihen und Fachaustausche zum kommunalen Klimaschutz mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen, wie Kommunalverbände, kommunale Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager, Wirtschafts- und Umweltverbände, Kirchen, Jugendverbände.

Zu Frage 7:

Aus Sicht der Landesregierung ist eine Überarbeitung der Kommunalrichtlinie als wichtigstes Förderinstrument des Bundes für Klimaschutz in Kommunen mehr als angezeigt. Folgende Aspekte sind dabei wesentlich zu verbessern:

Die längerfristige Förderung mit dem Ziel einer Verstetigung der Stellen für Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager;

Die Anerkennung von Kommunen, die am kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) teilnehmen, als finanzschwache Kommunen im Sinne der Förderrichtlinie, was einen höheren Fördersatz für diese Kommunen zur Folge hätte;

Die Anschlussförderung zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten. Diese scheitert häufig an formalen Kriterien, insbesondere wenn Kommunen bereits Fördermittel für Teil- oder integrierte Klimaschutzkonzepte in Anspruch genommen haben. Daher gilt es, diese Kriterien im Sinne des Klimaschutzes zu vereinfachen.

Gleichzeitig streben wir auch von Landesseite an, am KEF-RP teilnehmenden Kommunen die Durchführung von Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes zu erleichtern.

Ulrike Höfken
Staatsministerin

